UF
... billigen Preisen.
Westl. 8
Württembergischer Schwarzwald-Verein
Ortsgr. Birkenfeld.
Sonntag, 12. Februar
Tages-Wanderung
Wilhelmshöhe—Dennach—
...obel (Besichtigung der Hütte
...s Bad.Schw.-Ver.) — Eyach
...ühle üb. Eiberg nach Calm...
...ch. Mit Bahn zurück 16.33
...marsch 7 Uhr beim „Adler"
Führer: Larquette.
Tüchtiger
Goldschmied
...f Ringe und Bijouterie bei
...hem Lohn in Dauerstellung
...sucht.
Pforzheim, Bleichstr. 53.
...se Wurf!
...P.S.
...ylinder
RM. 4600.—
RM. 4900.—
RM. 5400.—
König
..., Telefon 72.
...ach.
...ner Hirsch".
...ntag, 12. Februar
...Fest.
...ere.
...nder Weine.
...ben ein
...nd Frau.
4 Uhr ab
...rhaltung.
...apelle

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

№ 35. | Samstag den 11. Februar 1928. | 86. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Im württembergischen Landtag stand in dieser Woche der Kultetat zur Beratung. Im Vordergrund der uferlos eingehenden Beratungen standen vor allem die Erörterung der Fragen des Reichsschulgesetzes sowie des 8. Schuljahres. Zwar hat der württ. Landtag auf die Gestaltung und Verabschiedung des Reichsschulgesetzentwurfes keinerlei Einfluß, aber es lag doch nahe, die Wirkung dieses Gesetzes auf Württemberg vor der Oeffentlichkeit zu erörtern. Von seiten der württ. Regierungsparteien, der Rechten und dem Zentrum, die auch im Reiche den Keudell'schen Reichsschulgesetzentwurf stützen, wurde dabei fast übereinstimmend erklärt, daß eigentlich für Württemberg eine Notwendigkeit für ein Reichsschulgesetz nicht bestehe, da die württ. Verhältnisse nach dem württ. Volksschulgesetz von 1909 im allgemeinen befriedigen. Auch beim Inkrafttreten des Reichsschulgesetzes dürften sich in Württemberg, das die im Keudell'schen Entwurf vorgesehene Konfessionsschule bereits hat, kaum allzugroße Veränderungen geben. Ungemein lebhafte Debatten aber gab es im Landtag hinsichtlich des 8. Schuljahres. Auf das vom Landtag verabschiedete Gesetz hinsichtlich der Möglichkeit des Aufschubs der Durchführung des 8. Schuljahrs um 5 Jahre bis 1932 sind insgesamt rund 1500 Gesuche, also von zwei Drittel der württ. Gemeinden eingegangen, die fast sämtlich vom Kultministerium genehmigt worden waren. Dagegen richteten die Demokraten und Sozialdemokraten die schärfsten Angriffe und erklärten, daß durch diese weite Ausdehnung des Gesetzes, das nach seinem Wortlaut nur einzelnen Gemeinden im Falle besonderer wirtschaftlicher Not Befreiung gewähren wollte, Württemberg das kulturell rückständigste Land in Deutschland geworden sei. Kultminister Dr. Bazille erklärte, daß Württemberg im Gegenteil durch seine Haltung in dieser Frage an der Spitze von ganz Deutschland marschiere, da es den Mut aufgebracht habe, der wirtschaftlichen Not des Volkes Rechnung zu tragen. Eben die große Zahl der Befreiungsgesuche, die die Sozialdemokratie sicherlich mit Uebertreibung auf die Agitation des Bauernbundes zurückführe, beweise doch die tatsächliche Not des Volkes und damit die Notwendigkeit dieses Gesetzes.

Die Beratungen des Reichsschulgesetzes im Bildungsausschuß des Reichstags sind in eine Sackgasse geraten. Bei der schroffen gegensätzlichen Haltung von Zentrum und Deutscher Volkspartei blieb nichts anderes übrig, als die Verhandlungen im Bildungsausschuß zunächst abzubrechen. Auch die darauf eingeleiteten privaten Besprechungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei auf Herbeiführung eines Kompromisses wurden nicht mehr weitergeführt, da keine Partei nachgeben wollte. Wie verlautet, besteht nun die Wahrscheinlichkeit, daß man überhaupt die Streitfragen des Reichsschulgesetzes vorläufig ruhen läßt, um erst den Reichsetat unter Dach zu bringen. Die zweite Lesung im Bildungsausschuß dürfte dann kaum vor April beginnen. Mit diesen Plänen, die bei der Volkspartei vorherrschen, ist das Zentrum aber keineswegs einverstanden, das sich gegen eine weitere Verzögerung mit allen Kräften wehrt. Bis jetzt ist die Lage völlig ungeklärt. Fest steht nur, daß das Zentrum eine zweite Lesung im Bildungsausschuß ablehnt, ehe nicht alle Streitfragen vorher geklärt sind. Unter diesen Umständen ist es sehr fraglich, ob das Reichsschulgesetz überhaupt noch zustande kommt. Die weiteren Folgen des Scheiterns des Reichsschulgesetzes, nämlich Lösung der Regierungskoalition im Reich und vorzeitige Reichstagsauflösung, rücken dadurch wieder in gefährliche Nähe.

Die Antwortrede des französischen Außenministers Briand auf die Ausführungen, die der deutsche Außenminister Stresemann vor wenigen Tagen zur außenpolitischen Lage gemacht hat, hat in Deutschland großes Aufsehen erregt. Der französische und der deutsche Standpunkt sind noch sehr weit auseinander. Während Stresemann sich an den Geist des Verständigungswerkes von Locarno hält und darnach eine weitere Besetzung deutschen Gebietes für unmöglich erklärt, beruft sich Briand auf den Buchstaben des Locarnovertrages, der für Frankreich eine starke Sicherheit schaffe. Die dabei Deutschland versprochenen Besatzungserleichterungen seien längst eingetreten. Zu einer Räumung der besetzten Gebiete vor Ablauf der 15-jährigen Frist sei Frankreich nur bereit, wenn ihm Deutschland neue Sicherheiten gewähre. Das ganze sei eben ein Geschäft. Diese neuen Sicherheiten sieht Frankreich darin, daß Deutschland auch nach dem Jahr 1935 eine dauernde Kontrolle der entmilitarisierten Zone links und rechts des Rheines zuläßt. Demgegenüber ist der deutsche Standpunkt, auf keinen Fall mehr weitere Konzessionen zu machen. Im Ganzen gesehen, ist der Eindruck der Rede Briands in amtlichen Kreisen Deutschlands der, daß sie weder zu besonderen Befürchtungen, noch zu allzu großem Optimismus Anlaß gibt. Man ist sich darüber einig, daß wesentliche Fortschritte in der Frage der deutsch-französischen Verständigungspolitik vor den in Deutschland und Frankreich bevorstehenden Neuwahlen nicht mehr zu erwarten sein werden.

Deutschland.

Berlin, 10. Febr. Der Reichspräsident ernannte laut Reichsanzeiger an Stelle des aus dem Reichsrat ausgeschiedenen bisherigen Ministerialrat, jetzigen Landesarbeitsamtspräsidenten Kälin-Stuttgart, den württembergischen Gesandten in Berlin, Staatsrat Dr. Bosler-Berlin, zum Mitglied und an dessen Stelle Ministerialrat Drück-Berlin zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost.

Gegen eine Annexion Deutsch-Ostafrikas durch England.

Berlin, 9. Febr. Im Oberhaus hat gestern ein Redner erklärt, daß, wenn die Kommission Sir Hilton Youngs empfehle, daß die Föderation der Ostafrikagebiete auch Deutsch-Ostafrika einschließe, diese Empfehlung durchaus angenommen werden könnte. In der Berliner Presse wird darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung den Satzungen des Völkerbundes widersprechen würde. Man glaubt — und glaubt wohl mit Recht — daß die englische Presse über eine Föderation hinausgehe und auf den politischen Zusammenschluß des ostafrikanischen Gebietes mit Deutsch-Ostafrika als Kernstück zu einem englischen Groß-Ostafrika abziele!

Die pommersche Fememordangelegenheit.

Stettin, 9. Febr. Von der Oberstaatsanwaltschaft wurde heute mitgeteilt, daß alle bisher in der pommerschen Feme-Mordangelegenheit an die Presse gelangten Meldungen nicht von amtlicher Stelle stammten. Man habe bisher nichts von amtlicher Stelle verbreitet, um die Untersuchung nicht zu gefährden. Jetzt könne jedoch folgendes mitgeteilt werden: Im Jahre 1920 waren auf den Gütern Stechlin, Rosenfelde und Liebenow im Kreise Greifenberg mehrere Angehörige der Arbeitsgemeinschaft Roßbach als Arbeiter untergebracht. Unter diesen befand sich auf dem Gute Stechlin auch ein gewisser Paul Schmidt. Dieser wurde eines Tages von dem Leutnant a. D. Heine und dem Vizefeldwebel Otto, die sich den Wirtsleuten gegenüber als Kriminalbeamte ausgegeben hatten, abgeholt. Er sollte angeblich Geheimnisse der Organisationen verraten haben. Noch im Stechliner Quartier wurde er durch einen Hieb über den Kopf unschädlich gemacht und seiner Papiere beraubt. Dann wurde er im Wagen nach Rosenfelde gebracht. Hier wurde im Zimmer des Administrators Bergfeld verabredet, daß er in unmittelbarer Nähe im Walde erledigt werden sollte. Schmidt wurde nach dem Gute Liebenow transportiert und dort in einer Lichtung durch Pistolenschüsse Ottos und Heines getötet und eingescharrt. Die Stelle ist der Staatsanwaltschaft genau bekannt. Als aber in den Dörfern des Kreises Greifenhagen bald Gerüchte von dem Morde umliefen, wurde in einer Versammlung der Roßbacharbeitsgemeinschaft in Pyritz beschlossen, die Leiche wieder auszugraben und an einer anderen Stelle zu verscharren. Die Leiche wurde von den Beauftragten wegen des schlechten Geruchs mit Petroleum begossen, in eine Decke gewickelt und in einem Waldstück östlich des Gutes Rosenfelde in einer Tiefe von 1,50 Meter eingegraben. Auch diese Stelle ist festgestellt worden. Außer Otto und Heine befinden sich bisher 7 Personen in Haft. Man nimmt an, daß die Verhandlung gegen die Beschuldigten im Laufe des Monats März stattfinden wird. Die genauen Personalien des Ermordeten sind bisher noch nicht bekannt.

Ausland.

Paris, 10. Febr. Französische nationalistische Blätter benutzen die Erinnerung an die Cavell-Episode zu gehässigen Angriffen gegen Deutschland.

Brüssel, 10. Febr. Ministerpräsident Jaspar erklärte, daß Belgien trotz der Locarnoverträge ein stark organisiertes Heer als Verteidigungsmittel aufrecht erhalten müsse.

London, 10. Febr. Das englische Auswärtige Amt hat bei dem industriellen Filmzensor Bedenken gegen die jetzige Gestalt des Cavell-Filmes geltend gemacht.

Mexiko, 10. Febr. Am Sonntag hatten 200 Aufständische Salamanca angegriffen, waren aber mit einem Verlust von 22 Toten zurückgeschlagen worden. Inzwischen erhielten die Regierungstruppen Verstärkungen und nahmen die Verfolgung der Angreifer auf. Blättermeldungen zufolge wurden nunmehr 30 dieser Aufständischen von den Regierungstruppen gefangen genommen und hingerichtet.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Aus tiefer Not.

All euer girrendes Herzeleid tut lange nicht so weh,
wie Winterkälte im dünnen Kleid, wie bloße Füße im Schnee.
All eure romantische Seelennot schafft nicht so herbe Pein,
wie ohne Dach und ohne Brot, sich betten auf einen Stein.
Ada Christen.

Betrittst du das Land der Armut, so nimm die Schuhe zur Hand;
denn deine Füße wandeln auf heil'gem Land!
Land Armut ist voller Dornen und Stein,
und nur verlorene Sonnenfunken flimmern hinein.
Land Armut — ich ging deine Wege bergauf und bergab,
und sah deine frische Jugend hinwelken zum Grab,
sah all die bitteren Tränen und all das vergossene Blut —
Land Armut; o Land Armut, ich kenne dich, ich kenne dich gut!
Engeling.

Ueber den Abgrund von Leid laßt uns Brücken bauen
von goldnem Vertrauen!
Daß Liebe leise hinüberschreite
und Wege bereite.
Mein Bruder in Schmerzen, meine Schwester im Leide:
Sie ruft uns beide!
Marie Sauer.

Neuenbürg. Unter dem Titel „Zum Fahrplan 1928/1929" erscheint in Nr. 33 ein Artikel, welcher sich mit der Führung der Züge 961 und 963 auf der Linie Pforzheim—Wildbad befaßt und dessen Einsender die Gründe kennen möchte, die Neuenbürg veranlaßt haben, sich für die Weiterführung des Zugs 961 einzusetzen. Diesem Wunsch soll mit Folgendem entsprochen werden, da der Gegenstand von allgemeinem Interesse ist. In erster Linie wurde von hier aus gewünscht, beide Züge 961 und 963 ganzjährig und nicht nur den Sommer über zu führen. Da dieses Ziel aber nicht zu erreichen war, so mußte für den Winter zwischen 961 und 963 gewählt werden. Man entschied sich hier und im Enztal überhaupt für die Beibehaltung von 961 und zwar aus durchschlagenden Gründen. Die Frühverbindung von Stuttgart und Umgebung ins Enztal ist werktags nur möglich bei einem Abgang in Stuttgart entweder 3.50 Uhr vormittags, oder 5.26 Uhr oder 7.46 Uhr. Daß 3.50 Uhr zu früh ist, bedarf keiner weiteren Ausführung, 7.46 Uhr ist bei einer Ankunft in Neuenbürg 9.20 Uhr und in Wildbad 9.59 Uhr zu spät, um in Neuenbürg und den übrigen Gebieten des Enztals die Zeit zu Geschäften und Touren entsprechend ausnützen zu können, und es hat sich deshalb auch die Kraftwagengesellschaft, welche die Verkehrsbedürfnisse genau erforscht hat, seinerzeit dafür eingesetzt, daß der Zug 961 als der wichtigere mit der Abfahrt in Stuttgart 5.26 Uhr erhalten bleiben solle, weil sich gezeigt hat, daß auch zu der Zeit, als die Züge 961 und 963 miteinander liefen, der Hauptverkehrszubringer in den Bezirk der Zug 961 war. Auch die Eisenbahninspektion Calw hat sich nachdrücklich für diesen Zug eingesetzt als beste und angenehmste Frühverbindung vom Nagold- ins Enztal. In dieser Angelegenheit sind die Interessen der Oberamtsstadt Neuenbürg dieselben wie diejenigen des ganzen Enztals. Es gibt zwar Stimmen, die den Zug 963 für besser als den Zug 961 halten, weil er nämlich den lokalen Interessen besser entsprechen würde, aber wenn man bedenkt, daß der hiesige Bezirk einen großen Teil seiner Wirtschaft auf den Fremdenverkehr abgestellt hat, so muß der größere Wert hierauf gelegt werden und wenn man die Wahl hat zwischen zwei Uebeln, so wählt man eben das kleinere. Würde der Zug 963 gewählt worden sein, so kämen auch die Kraftwagen nach Herrenalb und Schömberg erst eine Stunde später weg und damit könnten sich die Kreise, die möglichst früh hinauskommen wollen, nicht abfinden. Nicht vergessen werden darf noch, daß der Zug 961 1. Klasse führt, während dies bei 963 von Stuttgart bis Pforzheim nicht der Fall ist. Ein Hauptmangel in unsern Verbindungen liegt eben darin, daß von der Reichsbahn nicht schon längst auf der Strecke Pforzheim—Wildbad ein ständiger Pendelverkehr mit Triebwagen eingeführt wurde, was schon so und so oft beantragt wurde. K.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck über Mitteleuropa ist ständig weiter zurückgegangen und die Depression im Norden kommt wieder stärker zur Geltung. Für Sonntag und Montag ist unbeständiges, mehrfach bedecktes, auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 8. Febr. Unter Beteiligung einer starken Mitgliederzahl fand am 4. d. M. im „Adler" die Hauptversammlung des hiesigen Bürgervereins statt. Der Bericht von Vorstand Jul. Höll gab der Versammlung einen Ueberblick über die Tätigkeit und den Stand des Vereins, wobei die dringende Mahnung zum Ausdruck kam, die Bürgerschaft zur gemeinsamen Arbeit und Förderung der Gemeinde aufzurufen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, daß sich die Bürgerschaft dem Verein in größerem Maße anschließt, denn nur ein starker Verband kann seine Ziele und Belange durchführen. Der darauf folgende Kassenbericht von Kassier E. Höll wurde in Ordnung befunden und die Zufriedenheit der Mitglieder zum Ausdruck gebracht. Anläßlich der Neuwahlen zeigte sich eine Aenderung dahin, daß nunmehr an Stelle des beruflich stark beschäftigten Vorstandes Jul. Höll Fuhrunternehmer Fr. Vollmer tritt. Jedoch bleibt Herr Höll im Ausschuß zu weiterer Mitarbeit gerne bereit, was den vollen Dank der Mitglieder auslöste. Durch den Schriftführer, Gemeinderat Bossert, wurde der Rathausbericht 1927 erstattet, wobei verschiedene Punkte, wie Straßenneubau Birkenfeld—Gräfenhausen, Neubau des Forstwarthauses, Einführung des 8. Schuljahres mit Begründung der Annahme für Birkenfeld, eingehend erklärt und zur Aussprache gestellt wurden. Ferner kamen die Arbeiten der Feldbereinigung II und III zur Besprechung, wobei einige Beschlüsse gefaßt wurden. Im Zusammenhang mit der Erstellung des neuen Feuerwehrhauses wurde der Wunsch geäußert, dem alten Rathaus durch Ausbauten mit Ladenlokalen eine der Zeit entsprechende Verwertung zuzuführen. Insbesondere soll das alte schöne Fachwerk des Gebäudes neu zur Geltung gebracht werden, wodurch es noch viele Jahre eine Zierde des Trommelplatzes sein könnte. Zur Bebauung des Geländes „Bloser Rain" und speziell des zukünftigen Marktplatzes wurde eine Durchführung der Gartenstraße als dringend nötig erachtet, um vom Marktplatz eine durchgehende Straße bis zum neuen Schulplatz und der Dietlingerstraße zu schaffen. Die Inangriffnahme des Bebauungsplanes wäre sehr erwünscht, um die Neubauten auf einem mehr geschlossenen Gelände unterzubringen, da sonst die Straßenkosten, welche nach allen Richtungen hin nötig werden, von der Gemeinde nicht bewältigt werden können. Mit dem Wunsche, daß sich die Zahl der Mitarbeiter an dem Fortschritt der Gemeinde mehren möge, schloß der Vorsitzende den gut verlaufenen und anregenden Abend.

∧ **Herrenalb**, 10. Febr. Am Sonntag den 12. d. M., nachm. 2 Uhr wird im Kurgarten das neue, in Mittel- und Westdeutschland überall begeistert empfangene Siemens-Großlautsprecher-Auto vorgeführt werden. Es enthält alle für den Betrieb der mitgeführten Großlautsprecher und Protoslautsprecher erforderlichen Maschinen, Verstärker und Schallgeräte. Die Mikrophone sind in einer schalldichten Besprechungszelle untergebracht. Es können nicht nur Reden, Vorträge und Konzerte, sondern auch Rundfunkdarbietungen und Schallplattenmusik verbreitet werden; alles mit absoluter Feinheit und nicht zu übertreffenden Tonfülle. Heizstrom, Gitter- und Anodenspannung werden von eigenen Dynamomaschinen erzeugt, die vom Fahrmotor (80 P.S., Stundengeschwindigkeit 50 Km.) angetrieben werden. Solche Autos, Wunderwerke in sinnreicher Raumausnützung, werden sicher bei den bevorstehenden großen sportlichen Veranstaltungen, bei den Wahlen und für großzügige Reklame eine bedeutende Rolle spielen. Die Vorführung darf weitgehende Beachtung beanspruchen.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Börse war in dieser Woche vorwiegend schwächer. Außerordentliche Geschäftsstille hatte leichte Kursabbröckelungen zur Folge und nur vereinzelte Werte lagen freundlicher. Von der Geldseite her ist eine Erleichterung festzustellen. Der Optimismus in der Freigabeangelegenheit wurde durch spätere Meldungen gedämpft, daß die Verhandlungen im amerikanischen Senatsausschuß noch nicht abgeschlossen sind. Weiter wirkte die Verstimmung über den Reichsbankausweis für Ende Januar, ferner über die Diskonterhöhung in Newyork nach, da aus beiden gefolgert wird, daß die Ermäßigung des Reichsbankdiskontes entgegen manchen Erwartungen vorerst nicht aktuell sein wird. Aus dem Wirtschaftsleben sind fast keinerlei Anregungen vorhanden, die die Stimmung nach oben oder unten beeinflussen könnten. Die Erörterungen über die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lohnbewegungen in der Industrie veranlaßten zu weiterer Zurückhaltung. Die Kulisse schritt zu Abgaben, die, obgleich sie nur in geringem Umfang erfolgten, bei der herrschenden Interessenlosigkeit auf den meisten Gebieten zu Rückgängen führten. Kohlenaktien, Kaliwerte, Elektrowerte, Schiffahrtspapiere, Bankaktien waren sämtlich um 1—3 Prozent gedrückt. Auch der Anleihemarkt lag schwächer.

Geldmarkt. Der Reichsbankausweis nach dem Ultimo Januar ergab eine beträchtliche Ultimoanspannung der Reichsbank. Der Wechselbestand der Reichsbank hat sich um 234,8 Millionen Mark erhöht. Es hatte sich gezeigt, daß zum Ultimo viele sich nicht ausreichend und nicht langfristig genug vorgesorgt hatten, in der Hoffnung, sich mit der Aufnahme von Tagesgeld begnügen zu können. Die Folge war, daß nachträglich mehr Wechsel bei der Reichsbank eingereicht wurden, als man zuerst angenommen hatte. Ob sich die Hoffnungen auf eine Ermäßigung des Reichsbankdiskontes um ½ auf 6 Prozent erfüllen werden, wird davon abhängen, in welchem Ausmaß die nächsten Wochen der Reichsbank nach der neuen Zunahme der Kreditbeanspruchung wieder Entlastung bringen wird und welche weiteren Wirkungen die Newyorker Diskonterhöhung haben wird. Inzwischen hat sich die Geldmarktlage durch Rückflüsse wesentlich erleichtert. Tagesgeld ist wieder ziemlich flüssig. Der Privatdiskontsatz wurde bei starker Nachfrage und geringem Angebot auf 6 Prozent ermäßigt.

Produktenmarkt. An den Produktenmärkten blieb die Tendenz flau. Von Uebersee sind die Forderungen ermäßigt und drückten auf die Preise in Europa. Das reichlichere Inlandsangebot konnte nicht durchweg Aufnahme finden. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse kosteten Heu 6,5 (unv.) und Stroh 4,4 (+ 0,4) Mark pro Doppelztr. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 227 (— 1), Roggen 232 (+ 1), Sommergerste 270 (unv.), Hafer 212 (+ 1) Mark je pro Tonne und Mehl 32¾ (— ½) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die Großhandelsindexziffer ist gegenüber der Vorwoche von 138,4 auf 137,9 um 0,4 Prozent zurückgegangen. Schwächer waren die Metallpreise mit Ausnahme von Kupfer. Die süddeutschen Zinkblechpreise wurden mit Wirkung vom 3. Februar ab um 1½ Prozent ermäßigt. An den Hautauktionen setzte sich die Abbröckelung der Preise fort und führte zu einer Zurückhaltung der Käufer. Die Lederpreise sind ziemlich stabil geblieben, doch ist das Geschäft ruhiger. Der Lebensmittelmarkt lag uneinheitlich.

Viehmarkt. Die Schlachtviehmärkte hatten in der Berichtswoche besseres Geschäft. Besonders lebhaft war das Geschäft an den Kälber- und Schweinemärkten, wo auch kleinere Preisbesserungen zu beobachten waren. Bei Großvieh war das Geschäft schleppend bei unveränderter Preislage.

Holzmarkt. Die Rundholzmärkte lagen weiter fest bei hohen Preisen, dabei spielten die große Nachfrage und die guten Ausfuhrmöglichkeiten eine besondere Rolle. Bauholz liegt ruhiger. Die Holzindustrie klagt über Nachlassen des Absatzes und gedrückte Preise. Auf die Sägewerke wirkte die geringe Bautätigkeit zurück.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 10. Februar. Der Abg. Pflüger (S.) hat eine Kleine Anfrage eingebracht, in der es heißt: Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat im November den Gemeinden verboten, die Mitgliedschaft bei Darlehenskassenvereinen zu erwerben und sämtliche Gemeinden, die damals bereits Mitglieder von solchen Vereinen waren, gezwungen, diese Verbindung zu lösen. Dieses Vorgehen hat zu einer erheblichen Schädigung der Gemeinden und zu einer starken Erschütterung des Vertrauens zu den Darlehenskassenvereinen geführt. Ich ersuche um Auskunft, welche Tatsachen hiezu Veranlassung gegeben haben, und weiter, ob das Staatsministerium bereit ist, das erwähnte Verbot alsbald wieder aufzuheben?

Stuttgart, 10. Februar. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost seine nächste Frühjahrssitzung im Mai ds. Js. in Stuttgart abzuhalten. Der Verwaltungsrat der Reichspost wird bei dieser Gelegenheit zugleich das neu erstellte Hochhaus der Oberpostdirektion Stuttgart besichtigen. Ursprünglich war geplant gewesen, daß Reichspostminister Dr. Schätzel mit dem ganzen Verwaltungsrat der Reichspost zur Eröffnung des neuen Oberpostdirektionsgebäudes am nächsten Montag nach Stuttgart kommen sollte, doch wurde dieser Plan aus Sparsamkeitsrücksichten fallen gelassen.

Biberach, 10. Febr. Eine Bezirksversammlung der Zentrumspartei beschloß einstimmig, mit dem Bezirk Riedlingen einen Wahlkreisverband zu bilden und als Spitzenkandidaten Studiendirektor Dr. Schermann aufzustellen. Hinsichtlich der zweiten Kandidatenstelle brachte die geheime Wahl folgendes Ergebnis: Für Landwirt Josef Röberle in Häusern bei Ummendorf 58 Stimmen, für den bisherigen Landtagsabgeordneten Dangel-Aepfingen 57 Stimmen.

Karlsruhe, 10. Febr. Das badische Staatsministerium hat dem Landtag einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die Aenderung des badischen Landtagswahlgesetzes bezweckt.

München, 10. Febr. Der Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtags genehmigte mit allen gegen eine nationalsozialistische Stimme auf Ersuchen des Justizministeriums die zwangsweise Vorführung des nationalsozialistischen Abgeordneten Zipfel, der eines Vergehens der verleumderischen Beleidigung, begangen durch die Presse, angeklagt ist, der Ladung zur Verhandlung aber keine Folge geleistet hatte.

Würzburg, 10. Febr. Gestern abend wurde der Student der Medizin Alfred Racher in seiner Wohnung von dem Studenten Artur Weber nach einem heftigen Wortwechsel, dessen Gegenstand ein Mädchen gebildet haben soll, durch einen Schuß in den Kopf schwer verletzt. Durch einen zweiten Schuß nahm sich Weber dann selbst das Leben. Racher wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Essen, 10. Febr. In Altenessen wurde heute der 18jährige Lehrling eines Bäckermeisters von einem im selben Hause wohnenden Bergmann und einem Verwandten des Bergmanns mit Gummischläuchen überfallen und derart mißhandelt, daß er kurze Zeit darauf starb. Zwischen dem Bäckermeister und dem Bergmann hatte seit längerer Zeit Unfrieden geherrscht. Der völlig unbeteiligte Lehrling hatte lediglich einen harmlosen Befehl seines Meisters ausgeführt, durch den sich der Bergmann grundlos herausgefordert fühlte.

Leipzig, 10. Febr. Wegen Beleidigung der badischen Minister war der völkische Schriftleiter Robert Wagner aus Stuttgart vom dortigen Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Wagner hatte im Oktober 1926 im „Süddeutschen Beobachter" einen Artikel veröffentlicht, in dem er die badischen Minister als internationale Lumpen und bezahlte Schufte bezeichnet hatte. Gegen das Urteil hatte Wagner Revision eingelegt, die der erste Strafsenat des Reichsgerichts heute verwarf.

Berlin, 10. Febr. Der Bund deutscher Frauenvereine, dem 78 Verbände mit insgesamt eineinhalb Millionen Mitglieder angehören, hat jetzt in Erledigung eines Beschlusses seiner letzten Generalversammlung an die Parteileitungen der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei insgesamt 83 Nennungen von Frauen weitergegeben, die durch ihre bisherige Arbeit und vielfach auch parlamentarische Erfahrung durchaus geeignet erscheinen, in den neu zu bildenden Parlamenten mitzuarbeiten. Alle Genannten hätten ausdrücklich ihre Bereitschaft dazu erklärt. Die Liste war entstanden auf Grund einer Umfrage bei den dem Bunde angeschlossenen Verbänden.

Berlin, 10. Febr. Eines der größten und bekanntesten Berliner Lombardgeschäfte, die „Warenlombard und Lagerspeicherei G. m. b. H." in Berlin C 2, Spandauerstraße 18, dessen Inhaber der Kaufmann Max Schlewinsky ist, ist heute vormittag von der Polizei geschlossen worden. Die Kriminalpolizei versiegelte die Räume und beschlagnahmte sämtliche Geschäftsbücher. Gleichzeitig wurde der Konkurs eröffnet. Wie sich herausgestellt hat, sind in dem Lombardhaus in der letzten Zeit schwere Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Einzelne verpfändete Dinge wurden den Darlehensgebern als nicht verpfändet vorgezeigt, ferner Pfänder als Sicherheit angeboten, die in Wahrheit gar keine Pfänder waren. Die Kriminalpolizei hat die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben. Heute früh wurde der Besitzer des „Standard"-Warenkreditshauses Arthur Keil auf einen von der Staatsanwaltschaft erlassenen Haftbefehl festgenommen. Keil hat von einer Strafe, zu der er im Jahre 1924 verurteilt wurde, noch einen Rest von neun Monaten zu verbüßen.

Magdeburg, 10. Febr. Bei einem von der Feuerwehr in Kochstedt veranstalteten Vergnügen geriet der 22jährige Schäfer Bodendorf aus Kochstedt mit einem Feuerwehrmann in einen heftigen Streit. Der Vater des jungen Mannes wollte den Streit schlichten; da sein Sohn sich ihm gegenüber aber ungebührlich benahm, gab er ihm ein Paar Ohrfeigen. Wutentbrannt stürzte der junge Bodendorf nach Hause und bemächtigte sich eines Armeerevolvers, den er mit sechs Schuß lud. Dann stürzte er auf die Straße und fing an zu feuern. Dabei verletzte er ein junges Mädchen schwer an der Wade. Er lief zu seiner Braut, feuerte drei Schuß auf sie ab, die sie in Brust und Arm trafen und schwer verletzten. Auch die zukünftigen Schwiegereltern wurden beide von ihm durch Schüsse schwer verletzt. Nach weiterem Herumtoben wurde der Wüterich von der Polizei festgenommen.

Magdeburg, 10. Febr. Da in dem Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie beide Parteien entschieden abgelehnt haben, einen Antrag auf ein neues Schlichtungsverfahren zu stellen und der Reichsarbeitsminister bei dieser Sachlage ein Eingreifen von amtswegen noch nicht für gekommen hält, hat Dr. Lüttgens, der Schlichter für Mitteldeutschland, die für Samstag angesetzten Einigungsverhandlungen auf einen neuen noch zu bestimmenden Termin in der nächsten Woche vertagt.

Eger, 10. Febr. Der am 28. Januar d. J. nach Unterschlagung von 200000 tschechischen Kronen zum Schaden der Egerer Filiale der Versicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin geflüchtete Beamte Jakob Slavek ist auf Grund der Erhebungen der Egerer Staatspolizei in Würbenthal (Schlesien) verhaftet worden. Er hatte sich dort unter dem falschen Namen John aufgehalten.

Everett (Mass), 10. Febr. Infolge einer Explosion von Destillierapparaten bei der Beacon Oil Co. wurden mindestens fünf Personen getötet und ca. 30 verletzt. Nach der Explosion brach ein Brand aus, der jedoch innerhalb einer Stunde lokalisiert werden konnte. Von 100 in der Nähe der Destillierapparate beschäftigten Personen wurden mehrere in die Luft geschleudert.

Paris, 10. Febr. Die Opfer des gestrigen Zusammenstoßes zweier Straßenbahnzüge in der Nähe von Diedenhofen sind fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen einer Sägmühle in Weimeringen. Nach den letzten Feststellungen beläuft sich die Zahl der Getöteten auf 18 und die der Schwerverletzten auf vier.

Oslo, 10. Febr. Andauernd laufen noch Mitteilungen über Zerstörungen und Verluste an Menschenleben als Folge der Schneelawinen und Ueberschwemmungen ein. Ein Haus in Vadheim im Bezirk Sogn wurde heute unter einer Schneelawine begraben, wobei fünf Personen ums Leben kamen. Ueberall in den betroffenen Distrikten wurden Nebengebäude von Lawinen zerstört oder umgerissen. Es ist schwer, die Zahl der ums Leben Gekommenen oder den Umfang des angerichteten Schadens festzustellen. Bis jetzt nennt man 20 bis 30 Tote. Die Verkehrslage auf der Bergenbahn ist unverändert. Es wird noch lange Zeit andauern, ehe die angerichteten Schäden ausgebessert sind.

Oslo, 10. Febr. Die norwegische Regierung Hornsrud hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Führer der Linken Mowinkel hat die Aufforderung des Königs zur Bildung der neuen Regierung angenommen.

Washington, 10. Febr. Der Senat hat die von Lafollette eingebrachte Entschließung angenommen, die die Annahme einer dritten Amtsperiode durch einen Präsidenten grundsätzlich verurteilt.

Chicago, 10 Febr. Ein Neger, dem seine Stellung gekündigt war, erschoß einen Mann, den er als verantwortlich für die Kündigung betrachtete und feuerte weiter mit seiner Pistole auf das Publikum. Bevor er selbst der Kugel eines Polizisten erlag, hatte er drei weitere Personen getötet und zwei verwundet.

Long Beach (Kalifornien), 10. Febr. Hier wurde ein ganzes Stadtviertel, in dem sich eine Petroleumraffinerie befand, in den frühen Morgenstunden von einer Feuersbrunst heimgesucht. Sechs Bohrtürme wurden vollständig zerstört. Den bisherigen Meldungen zufolge sind sechs Personen ums Leben gekommen.

Kunst- und Theaterfragen im Landtag.

Stuttgart, 10. Febr. Der Landtag setzte heute die Beratung des Kultetats fort. Beim Kapitel Landeskunstsammlungen wünschte der Abg. Heymann (Soz.), daß das Neue und das Alte Schloß restlos für die Ausstellung der staatlichen Kunstschätze zugänglich gemacht werden. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) tat, den Handelshof in Stuttgart möglichst bald zur Unterbringung von Kunstgemälden zu verwenden. Der Abg. Dr. Wider (B.P.) wünscht die Unterbringung eines Armeemuseums im Alten Schloß. Beim Kapitel 30 Landestheater und Württ. Volksbühne gab es eine längere Aussprache. Der Abg. Heymann (Soz.) bezeichnete den Abmangel des Landestheaters gemessen an den Ergebnissen auswärtiger Theater als nicht übermäßig groß. Er rechnete aus, daß der Stuttgarter für das Landestheater 251 Mark, die übrige Bevölkerung pro Kopf nur 45 Pfg. im Jahre bezahlt. Er trat auch dafür ein, daß man der Leitung des Theaters bei ihren Entschließungen völlig freie Hand lasse. Das Theater müsse eben allen Richtungen gerecht werden. Die Einsprüche gegen einzelne Stücke gingen hauptsächlich von Damen aus, die das Theater gar nicht besuchen. Die Abgeordneten Dingler (B.B.) und Andre (Ztr.) brachten einen Antrag ein, mit der Stadtgemeinde Stuttgart wegen Erhöhung ihres Beitrags für das Landestheater zu verhandeln. Der Abg. Brönnle (Komm.) verlangte, daß das Landestheater und sein Orchester allen Volkskreisen und Vereinigungen für Aufführungen mit künstlerischer Tendenz und kultureller Bedeutung gleichmäßig zur Verfügung gestellt werden. Der Abg. Roos (B.P.) wünschte Unterstützung des Deutschen Bühnenvolksbundes, der auf christlicher, nationaler Grundlage stehe, während sich die Stuttgarter Volksbühne einem politisch links orientierten Verband angeschlossen habe. Ein Theater, das den Namen des Landes trage, dürfe niemals eine Kunstpolitik treiben, die den Empfindungen der Mehrheit des Landes ins Gesicht schlage. Abg. Frau Rist (Ztr.) erklärte, unter den heutigen Verhältnissen sei die Erhaltung des Theaters ein Luxus, der nur erhalten werden könne, wenn der Landtag auch mitzusprechen habe. Die Theaterleitung müsse die Einsicht haben, daß gewisse Stücke nicht ans Landestheater gehören. Wenn sich die heutigen Theaterstücke fast immer um geschlechtliche Fragen drehen, so sei das ein betrübliches Zeichen für die unglaublich niederen Ansprüche des Publikums. Das Zentrum habe Hemmungen, einem Theater die Mittel zu bewilligen, das ab und zu doch zweifelhafte Stücke aufführe. Abg. Dr. von Hieber (Dem.) erklärte, der Kultminister habe dem Generalintendanten Kehm volles Vertrauen ausgesprochen und das württ. Volk habe allen Grund, dem Generalintendanten sein volles Vertrauen zu geben. Ministerialrat Frey betonte die sparsame Verwaltung beim Landestheater, teilte mit, daß sich die Preisermäßigung in einer Steigerung des Besuchs auswirke und erklärte, daß das Landestheater die Mitarbeit der Besucherorganisationen, von denen keine bevorzugt werde, begrüße. Alsdann wurden Abstimmungen vorgenommen bzw. nachgeholt und dabei im allgemeinen die Ausschußanträge angenommen, die kommunistischen Anträge abgelehnt. Zu dem ursprünglichen Ausschußantrag betr. Zurückführung der Unterrichtsverpflichtung der Lehrer an sämtlichen Schularten mit Wirkung ab 1. April auf das frühere Maß beantragte der Abg. Bock (Ztr.) statt der Verpflichtungs- nur die Erwägungsform. Dieser Antrag wurde mit 35 Stimmen des Zentrums und der Rechten gegen 31 Stimmen angenommen. Ein kommunistischer Antrag, das Gesetz, das die Ausnahmen für die Durchführung des 8. Schuljahrs zuläßt, sofort außer Wirksamkeit zu setzen, wurde mit 35 Stimmen der Rechten und des Zentrums gegen 31 Stimmen abgelehnt. In der Theaterfrage wurde der Antrag Dingler-Andre angenommen und der kommunistische Antrag abgelehnt. Dann wurde ziemlich rasch der Rest des Kultetats erledigt. Dem Deutschen Auslandsinstitut wurden statt 30000 Mark, wie im Etat vorgesehen, 40000 Mark bewilligt. Morgen Etat der Finanzverwaltung.

Humor im Landtag.

Stuttgart, 10. Febr. Bei der Beratung von Schulfragen im Landtag empfahl Kultminister Dr. Bazille dem Abgeordneten Heymann das düstere Bild, das er von den Zuständen der Kultverwaltung entworfen hatte, durch einen Maler in Zeichnung und Farbe ausführen zu lassen und es bei der Wahlagitation zu verwenden. Der Minister schilderte dabei den Abgeordneten, wie dieses Bild etwa aussieht. „In der Mitte sieht man den Sessel des Kultministers, darauf eine patzige Gestalt, den Herrn Abg. Mulinger vom Bauernbund darstellend, auf der Stirn das Kainsmal tragend: Nur 7 Schuljahre! Unter jenem eisenbeschlagenen Schuhen windet sich ein armseliger Wurm ohne Herz und ohne Kopf, das ist der nominelle Kultminister. Unter ihm eine Art Höllensturz: die abgeschiedenen Seelen des württ. Volkes, auf ihrer lechzenden Zunge das Wort: nur 8 Schuljahre. Auf der rechten Seite sieht man, wie die vertierten Gestalten der Abgeordneten des Bauernbundes eine wunderbare Frauengestalt an ihren goldenen Haaren daherschleifen, die die schwäbische Kultur darstellt. Sie sind im Begriff, sie in eine Güllengrube zu werfen, an deren Rand 2 Männer mit mephistophelisch grinsendem Gesicht stehen, darstellend die beiden Herren Körner alt und Körner jung. Links davon sieht man die von dem Herrn Abg. Schall so schön und anschaulich geschilderten undurchdringlichen Gesichter der beiden Zentrumsminister, umgeben von der schwarzen Schar der Zentrumsabgeordneten. Das ganze Bild ist grau in grau, schwarz in schwarz gemalt, aber an der oberen Ecke links, da leuchtet ein rötlicher Schein herein, hier erscheint als Vision kommender Herrlichkeit eine wunderbare Lichtgestalt, auf den Flügeln der Hoffnung dem Sitze des Kultministers zustrebend, das Schwert des heiligen Michael in der Hand; alle Augen des gequälten Volkes richten sich sehnsüchtig nach dieser Figur, in deren Gesicht man bei näherem Zusehen die wohlbekannten Züge des Herrn Abg. Heymann erkennt."

Eine Erklärung der demokratischen Landtagsfraktion gegen den Staatspräsidenten Dr. Bazille.

Stuttgart, 10. Febr. In der heutigen Landtagssitzung ließ die Deutsche demokratische Landtagsfraktion durch den Abg. Scheef folgende Erklärung abgeben: Herr Staatspräsident Dr. Bazille hat Mitgliedern unserer Fraktion auf deren rein sachliche Darlegungen hier im Landtag mehrfach in öffentlicher Rede in persönlich herabwürdigender und verletzender Form geantwortet, so den Abgeordneten Dr. Mauthe und Dr. Schall. In der Sitzung vom 8. d. M. endlich fügte Staatspräsident Dr. Bazille unserem Mitglied, Staatspräsidenten a. D. Dr. v. Hieber eine schwere persönliche Verunglimpfung zu. Wir protestieren gegen diese Art der Behandlung von Landtagsmitgliedern durch ein Mitglied der Regierung aufs schärfste und weisen sie mit Entrüstung zurück. Wir sind genötigt, auch außerhalb des Landtags aus diesen Vorgängen die gebotenen Konsequenzen zu ziehen.

Notkundgebung der westfälischen Bauern und Mittelständler.

Münster, 10. Febr. In der Halle Münsterland fand heute eine Massenversammlung der westfälischen Bauern und Mittelständler statt, die zu der schwierigen Lage der Landwirtschaft und des Mittelstandes Stellung nehmen wollten. Es waren etwa 12000 bis 15000 Teilnehmer zu der Versammlung erschienen. Die Eisenbahn hatte Extrazüge eingelegt. Um 2 Uhr nachmittags begrüßte der Präsident der westfälischen Bauernvereine, Freiherr von Kerkerinck zur Borg, die Versammlung, indem er auf den Ernst der Lage hinwies und die Beteiligten zum engen Zusammenschluß aufforderte. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung um energische Maßnahmen gegen die Notlage gebeten wird. Alsdann bildete sich ein Zug, der sich durch verschiedene Straßen der Stadt zum DompLatz begab. Hier fand nach einer kurzen Rede, die die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung erneut betonte, die Kundgebung ihren Abschluß.

Ein letzter Ausgleichsversuch.

Berlin, 10. Febr. Der Reichspräsident hat an den Reichskanzler am gestrigen Tage folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die Nachrichten über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen könnten, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichskanzler, zu bitten, nichts unversucht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrisis und ihre politischen Folgen zu vermeiden. Der Reichstag hat zurzeit dringende und bedeutsame Aufgaben zu lösen; abgesehen von dem Haushaltplan und dem Liquidationsschädengesetz sind die für die Landwirtschaft lebenswichtigen Hilfsmaßnahmen zu beschließen, u. es harrt auch die Strafrechtsreform ihrer Verabschiedung. Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schädigung vaterländischer Interessen und des ganzen deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unlösbare Regierungskrisis und eine Auflösung des Reichstags notwendig würde. Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien diese meine Besorgnis mitzuteilen, und appelliere an alle beteiligten Herren und Fraktionen, dahin zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parlamentarischen Aufgaben gelöst und etwaige unlösbare Differenzen in der Schulfrage bis nach Erledigung dieser Arbeiten vertagt werden. Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Wertschätzung bin ich Ihr sehr ergebener (gez.) von Hindenburg."

Zum Brief des Reichspräsidenten.

Das „Berliner Tageblatt" will wissen, daß sich der Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichskanzler Marx nicht nur auf die Frage der Verabschiedung des Etats und des Kriegsbeschädigtenschlußgesetzes, sowie der Erledigung der beabsichtigten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft bezieht, sondern auch direkt Stellung zum Reichsschulgesetzentwurf nimmt. In dem Brief werde dem Reichskanzler Marx nahegelegt, noch einmal einen Versuch zu machen, eine Verständigung für die Verabschiedung des Reichsschulgesetzentwurfes zustande zu bringen, und es werde die Hoffnung ausgesprochen, daß auch die Regierungsparteien noch alles tun werden, um einer solchen Verständigung den Weg zu ebnen.

Die „Germania" zur politischen Lage.

Die „Germania" schreibt: Daß eine endgültige Entscheidung über das Schulgesetz unter allen Umständen in kürzester Frist gesucht und herbeigeführt wird, ist eine absolute Notwendigkeit, von der das Zentrum nicht abgeht. Diese Auffassung entspricht dem einmütigen Willen des Zentrums. Wie wir hören, bemüht sich aber der Reichsinnenminister um einen letzten Versuch zur Einigung. Er hat den Vertretern der Regierungsparteien im Bildungsausschuß und den Fraktionsführern neue Vorschläge unterbreitet. Das Zentrum wird deren Tragbarkeit gewissenhaft prüfen; dann aber die Entscheidung suchen, die nötig ist, um festzustellen, ob ein unseren Grundsätzen entsprechendes Schulgesetz zustandekommen kann oder nicht.

Aenderung des Reichsmietengesetzes.

Berlin, 10. Febr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Lesung der Novelle zum Reichsmietengesetz. Nach den Ausschußbeschlüssen soll das Gesetz künftig nicht gelten für neue

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Mietsverträge über Geschäftsräume und Wohnungen mit mindestens 6 Zimmern. Die Novelle soll am 16. Februar in Kraft treten und das Gesetz selbst in der geänderten Form bis zum 31. März 1930 gelten. Abg. Kuhnt (Soz.) kündigt an, daß seine Freunde im Steuerausschuß die Senkung der Mieten auf 100 Prozent und die Verwendung der Hauszinssteuer ausschließlich für den Wohnungsbau beantragen würden, während Abg. Winnefeld (D. Vp.) einen Antrag begründet, das Wohnungsmangelgesetz mit dem 1. April 1928 aufzuheben und die Wohnungsämter und Mieteinigungsämter spätestens mit dem 1. Juli 1928 aufzulösen. Nach weiterer Debatte, in der auch die Redner der übrigen Parteien zu Wort kommen, werden sämtliche Aenderungsanträge abgelehnt. Das Gesetz selbst wird in 2. und 3. Lesung nach den Ausschußbeschlüssen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Völkischen und Nationalsozialisten angenommen. — Annahme findet auch eine Entschließung der Demokraten, auf die Länder einzuwirken, damit größere Teile der Hauszinssteuer für die Erhaltung des Altraum-Hausbesitzes zu möglichst günstigen Bedingungen an Besitzer dieser Häuser abgegeben werden, und eine Entschließung der Regierungsparteien, die Länder möchten veranlaßt werden, für die räumliche Unterhaltung der Künstler zu sorgen. Die gestern zurückgestellte Schlußabstimmung über die Novelle zum Mieterschutzgesetz ergibt deren Annahme mit derselben Mehrheit wie beim Reichsmietengesetz. Das Gesetz tritt am 16. Februar in Kraft.

Die Programmrede Gröners.

Berlin, 10. Febr. Im Haushaltausschuß des Reichstags gab heute Reichswehrminister Gröner programmatische Erklärungen ab. In der Frage der Tradition der Reichswehr lehnte der Minister alle Aeußerlichkeiten ab, ebenso alle Wünsche auf etwaige Wiederherstellung vergangener Formen. Der soldatische Geist habe Freunden und Feinden höchste Achtung eingeflößt und wir hätten keine Ursache, das, was selbst unsere Feinde respektiert hätten, zu mißachten. Der Minister verlangte ferner absolute Achtung der Symbole des Staates und lehnte jede politische Betätigung von Reichswehrangehörigen ab. Die Reichswehr sei ein Instrument des deutschen Volkes und daher nicht einzelnen Parteien dienstbar. Sie diene lediglich den verfassungsmäßigen Gewalten. Im einzelnen führte der Reichsminister aus: „Wir sind durch den Versailler Vertrag in einer Weise gefesselt, wie es für ein souveränes Volk fast unerträglich ist. Wir sind aber an diese Bestimmungen einmal gebunden. Im Sinne der Kriegsführung der Vergangenheit ist die Verwendung der Reichswehr nicht möglich. Wir können keine Kriegsführung großen Stils mit unserem 100 000-Mann-Heer bei 12jähriger Dienstzeit mehr machen und so stimme ich dem Außenminister durchaus in dem zu, was er über den französischen Ruf nach Sicherheit ausgeführt hat. Wir werden alles tun, um die Grenzen zu schützen, um in Zeiten politischer Spannung die Neutralität sicherzustellen." Nichts ist dem Soldaten verhaßter, als mit Aufgaben der Polizei betraut zu werden. Die Reichswehr muß jedoch unter allen Umständen bereit sein, die Sicherheit zu geben, daß niemand es wagt, an einen Umsturz zu denken. Die Reichswehr ist ein Instrument für die Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung. Deshalb muß auch jedes Glied der Reichswehr ein treuer und zuverlässiger Staatsdiener sein. Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerungskreise im weitesten Umfange besitzen. Wir werden dem Staat und seinen Symbolen die größte Achtung und Ehrerbietung entgegenbringen und ich werde nicht dulden, daß gegen dieses selbstverständliche Gebot verstoßen wird. Die Tradition sehe ich nicht in Aeußerlichkeiten; ich verlange von jedem Angehörigen der Reichswehr, daß er die Vergangenheit ehrt, daß er die Taten der Väter und die Ehre des deutschen Volkes auch in der Vergangenheit hochhält. Wir dürfen die Taten dieses glänzenden Kriegsinstruments nicht geringer als einer unserer Feinde einschätzen. Wir müssen von dem Geiste des alten Heeres die Begeisterung, die Vaterlandsliebe und die Hingabe in uns aufnehmen. Ein Hineinnehmen der Reichswehr in das parteipolitische Getriebe ist unmöglich, eine Beeinflussung nach parteipolitischen Rücksichten müssen wir scharf zurückweisen. Eine politische Tätigkeit im Heere ist unmöglich. In diesem Sinne ist in den letzten Jahren vieles bereits besser geworden; die Reichswehr hat sich bemüht, den politischen Takt zu üben. Wie das alte Heer ein starkes Band der Reichseinheit geworden war, so wird hoffentlich auch die neue Reichswehr ein solch starkes Band bleiben. Wir haben keine heimlichen Absichten. Unser größter Wunsch ist, aus der politischen Drecklinie herauszukommen. Früher hieß es nur Drill, der alte Kaiser sagte dann: „Drill und Erziehung". Heute kommt es auf die Erziehung und geistige Entwicklung in erster Linie an. In der Bewaffnung sind wir durch den Versailler Vertrag gefesselt. Die Versorgung der Soldaten macht mir die allergrößte Sorge. Wir hoffen, daß die Selbstmordversuche mehr und mehr verschwinden werden. Wir wollen uns absolut loyal dem Staate und seinen verfassungsmäßigen Organen zur Verfügung stellen. Ich werde dafür sorgen, daß unsere Arbeit im engsten Einvernehmen mit dem Außenminister stattfindet. Wenn die Phöbus-Angelegenheit den Eindruck erwecken ließ, als ob wir in finanz- und wirtschaftspolitischen Dingen einen Ehrgeiz hätten, so ist das eine abwegige Anschauung. Es wird alles geschehen, um jeden Verdacht in dieser Richtung restlos auszuräumen. (Zuruf: Keine Waffenschiebung!) Ich werde alles tun, jeder illegalen Selbständigkeit ein Ende zu bereiten. Die Aufstellung des Etats ist mit größter Sparsamkeit vorgenommen; die Abstriche, die der Reichsrat gemacht hat, sind nicht tragbar. Ueber die Art der Heeresergänzung habe ich kein eigenes Urteil. Neue Bestimmungen sind erlassen; ich muß die Erfahrungen damit abwarten. Ueber den Offiziersersatz habe ich gleichfalls noch kein Urteil. Ich werde die Waffenschulen besuchen. Gerade bei der kleinen Armee spielt das Problem der Führerleistung eine ausschlaggebende Rolle. Der Fall Badicke ist für uns erledigt. Der Ausweis für ihn ist zurückgezogen. Die Erregung über den Besuch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin" teile ich nicht. Ich kann wirklich hinter diesem Besuch nichts besonderes finden, ob in allen Dingen angemessen dabei vorgegangen ist, will ich nicht erörtern."

Die Steglitzer Schülertragödie vor Gericht.

Berlin, 10. Febr. Im weiteren Verlauf der Verhandlung, bei der es sich um die Frage des Schlafzimmerschlüssels handelt, betont Rechtsanwalt Dr. Frey die Notwendigkeit eines Lokaltermins. Als die Zeugin Hilde Scheller bei der weiteren Vernehmung zusehends blasser wurde, und schließlich auf einem Stuhl Platz nehmen mußte, schlug der Vorsitzende eine kurze Pause vor. Rechtsanwalt Dr. Frey sagte kurz noch folgendes: Ich habe soeben einen Brief bekommen, wonach der Geschäftsführer eines Kaffees in der Königgrätzerstraße, der als Zeuge zur Verfügung steht, **Hilde Scheller vorgestern aus seiner Tanzdiele wegen ungebührlichen Betragens hinausgeschmissen** hat. Das ist die Zeugin, die hier so tut, als ob sie vor Angst und Nervosität zusammenbricht. Der Vorsitzende gab dem Verteidiger die Stellung eines Beweisantrages anheim und ließ dann eine Pause eintreten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung überreichte Rechtsanwalt Dr. Frey seinen Beweisantrag. Die Zeugin Hildegard Scheller schilderte dann den Anblick, der sich ihr im Schlafzimmer nach der Tat bot. Krantz kniete vor ihrem Bruder. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich der Bruder noch bewegt habe, antwortete sie: Er stöhnte. Ich sagte zu Paul: „Mörder". Paul antwortete: Nicht er, sondern Günter sei es gewesen. Vorsitzender: Warum sagten Sie Mörder? Ich sah, daß Günther erschossen war, und glaubte, Paul hätte es getan. Ich lief dann aus dem Zimmer und blieb zunächst im Kinderzimmer. Später wollte ich Hans aus der Ecke hervorholen und aufs Bett legen. Paul sollte mir dabei behilflich sein. Es gelang uns aber nicht. Hierauf wollte ich Arzt und Polizei anrufen, da ich glaubte, die beiden wären vielleicht noch zu retten. Schließlich sagte Paul: Jetzt muß ich mir auch das Leben nehmen. Es fällt alles auf mich. Ellinor und ich redeten ihm davon ab, worauf er sagte, es sind noch 3 Kugeln im Lauf. Darauf trafen wir eine Verabredung, an der auch Ellinor teilnahm. Infolgedessen sagte ich zu Anfang vor der Polizei alles falsch aus.

Der Nationalrat der Frauen Englands gegen den Cavell-Film.

London, 10. Febr. „Times" veröffentlicht einen Brief der Vorsitzenden des Nationalrats der Frauen, Lady Emmott, worin diese betont, daß in einer Sitzung des Vollzugsausschusses des Nationalrates, die im Oktober 1927 in Bournemouth stattfand, eine energische Entschließung angenommen wurde, in der die Freigabe des Nurse-Cavell-Filmes mißbilligt wurde. Lady Emmott wurde auch beauftragt, dem Filmzensor O'Connor eine Abschrift dieser Entschließung zu übersenden. Sie teilte in dem Schreiben an die „Times" außerdem mit, die Vereinigung der Mütter vertrete vor dem Nationalrat der Frauen den Standpunkt, daß die Vorführung eines derartigen Filmes unerwünscht und den Verwandten von Miß Cavell äußerst zuwider sei.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung **Neuenbürg** belegenen, im Grundbuch von da Heft 147, I, 1, 2 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des

Philipp Rapp, Fuhrmanns in **Höfen**

eingetragenen Grundstücke:

Geb. Nr. 298: Heuscheuer im Tal 19 qm,
Parz. Nr. 677: Wiese und Weg im oberen Tal 44 a 75 qm,
gemeinderätl. geschätzt am 28. September 1926:
Vorkriegswert 2200 RM.
Heutiger Wert 2000 RM.

am **Dienstag den 3. April 1928, nachm. 2 Uhr,** auf dem Rathaus in **Neuenbürg** versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. September 1927 in das Grundbuch eingetragen worden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 8. Februar 1928.
Zwangsversteigerungs-Kommissär:
Bezirksnotar Pieper.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 13. Februar 1928,** nachmittags 3 Uhr, kommt in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein Kleiderkasten.

Zusammenkunft am Rathaus in Birkenfeld.
Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Realschule Wildbad.

Die **Aufnahmeprüfung in Kl. I** findet statt:
Donnerstag den 16. Februar,
von 8¼—12 und nachmittags von 2 Uhr ab,
im Klassenzimmer I.
Prof. Steurer.

Stangenversteigerung.

Die **Gemeinde Burbach** versteigert am **Montag den 13. Februar, vormittags 9 Uhr,** auf dem Rathaus 135 **Baustangen** I., 157 II., 171 III., 32 IV., 205 V. Klasse. 93 **Hopfenstangen** I., 135 II., 140 III., 190 IV. Klasse. 135 **Rebstecken** I., 30 II. Klasse. 100 **Bohnenstecken,** 209 **Leiterstangen** buche, 147 eichene. Waldhüter Artmann zeigt die Stangen auf Verlangen vor.

Burbach den 5. Februar 1928.
Der Gemeinderat:
Kunz Bgmstr.
Eifele Ratschreiber.

Enorm billig kaufen Sie
Möbel
und ganze
Wohnungs Einrichtungen
wie
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
und Einzelmöbel
nur bei
Josef Weinheimer
Pforzheim
Oestl. 28 Oestl. 28

Württ. Forstamt Liebenzell.
Nadelholzstangen- und Papierholz-Verkauf.
Am **Montag, den 20. Februar 1928,** mittags 12 Uhr in Bad Liebenzell im „Ochsen" aus Staatswald des Forstmeister- und Oberförsterreviers: **Stangen:** Gerüstst.: 242, Baust.: 245 I.*, 494 I., 1396 II., 324 III., 492 IV., 130 V.; Hopfenst.: 325 I., 260 II., 180 III., 90 IV. Kl.; **Nutzbeigholz** Rm: Forche: 125 Rugel 1 M. lg., 72 Rugel 2.05 M. lg., 103 Roller 2.05 M. lg.; Fi., Ta. Papierh.: 2 I., 21 II., 5 III. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. H. Stuttgart.

Grundbuchamt Birkenfeld.
Die Erben des verstorbenen **Adolf Müller,** Bauers in der Rathausgasse bringen am **Montag den 13. Febr., nachm. ½7 Uhr,** auf dem Rathaus eine größere Anzahl
Aecker und Wiesen
zum zweiten Mal im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf, wozu Liebhaber eingeladen sind.

Schlagraum-Verkauf.
Am **Montag den 13. ds. Mts., abends 7 Uhr,** kommen auf dem Rathaus aus den Abt. 17 Leigselwäldle, 18 Heidebuckel, 19 Tannenschlag und 21 Hint. Alt. Hau
24 Lose Schlagraum
in Flächenlosen im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.
Birkenfeld, 10. Februar 1928.
Gemeindepfleger: Bolay.

Darlehenskassenverein Birkenfeld.
In den nächsten Tagen trifft ein Waggon
Union-Briketts
ein und wollen Bestellungen hierauf in unserem Kassenzimmer abgegeben werden.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß der Termin für Bestellungen von **Saatfrucht und Saat-Kartoffeln** mit dem **15. d. Mts.** abläuft

Württ. Forstamt Calmbach.
Forstmeister- und Oberförster-Revier.
Schichtderbholz-Verkauf.
Am **Freitag, den 17. Februar 1928,** vorm. 9 Uhr, in Calmbach in der „Sonne" aus Staatswald Distr. I **Eiberg, III Meistern, IV Heimenhardt und V Kälbling,** Rm. Rotbu.: 31 Schtr., 46 Prgl., 427 Klotzh., 32 Anbr.; Uebr. Laubh.: 85 Anbr.; Nadelh.: 1 Spält., 51 Prgl., 860 Anbr. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. H. Stuttgart.

Forstamt Calmbach.
Oberförsterrevier.
Schichtderb-Holz-Verkauf.
Am **Freitag, den 17. Februar 1928,** vormittags 9 Uhr, kommen in der „Sonne" in Calmbach noch weiter zum Verkauf aus Staatswald III. Meistern Abt. Rauenau und Kl. Rank: Rm.: 3 Buchenklotzholz und 53 Nadelholzanbruch.

Fr. Schilling, Neuenbürg a. E.,
Gummi-Hertel.

Forstamt Langenbrand.
Reisig-Verkauf
am **Montag den 13. Februar 1928,** mittags ½1 Uhr, auf dem Hörnlesbergsträßchen bei der Wohnung von Herrn Rüchling aus Staatsw. Tannmühleberg und Tannberg 14 Flächenlose geschätzt zu 1700 Wellen.

Möbel

hervorragend in Qualität u. äußerst preiswert!
J. Keck

Sehr-Innermstr., Neuenbürg.
Günstige Zahlungs-Bedingungen

Im Vergolden, Versilbern (Besteck), Vernickeln 2c.
empfiehlt sich bei saub. Ausführung und bill. Berechnung
Wilh. Link, Oberst Rig.,
Pforzheim, Rennfeldstr. 7 (Hinterhaus). Daselbst werden **Gravierungen** jeder Art fein und geschmackvoll ausgeführt.

Neuenbürg.
Für Frühjahr
empfehle mein **großes** Lager in
Lindener Kleider-Samt von Mk. 5.— an,
sowie
farbigen Wasch-Samt von Mk. 2.80 an.
Emil Meisel Witwe.

C. Meeh'sche
Buchdruckerei
Neuenbürg-E.

Alle
Geschäfts-Drucksachen

wie Briefbogen, Mitteilungen, Postkarten, Rechnungen, Briefumschläge, Rundschreiben, Geschäfts-Karten, Kur- und Hotelprospekte in neuzeitlicher Aufmachung liefert preiswert

A. Breitling, Schömberg,
Buchbinderei, Buch- und Papierhandlung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Samstag, 18. Februar, punkt 7 Uhr beginnend, in sämtl. Räumen des Gasth. z. „Bären"

Freundschaft
Neuenbürg

Großer öffentlicher Masken-Ball.

Ununterbrochener Tanz. Zwei Kapellen. Allerlei Ueberraschungen. Prämiierungen der schönsten Kostüme. Unanständige Masken werden zurückgewiesen. Eintrittspreise: Mitglieder Mk. 1.—, Nichtmitgl. Mk. 2.— Maskenabzeichen obligatorisch. — Den Mitgliedern steht zum verbilligten Preise eine Karte extra zur Verfügung. Dieselbe ist bis spätestens Samstag nachmittag 4 Uhr abzuholen. Vorverkauf im Kolonialwarengeschäft A. Niese, sowie im Friseurgeschäft W. Krayer. An der Abendkasse auch für Mitglieder volle Preise. Für Fahrgelegenheit für auswärtige Besucher ist bestens gesorgt.

Weisse Woche -einer Messe gleich,

die alle Fortschritte der neuzeitlichen Herstellung zeigt und mit einer solchen Fülle von Wäschestoffen und Wäscheartikeln jeder Art aufwartet, daß jeder Käufer das von ihm Benötigte bestimmt in der gewünschten Ausführung findet!

Stärkster Billigkeitsbeweis!

Unser System des direkten Großeinkaufs und unsere haarscharfe Kalkulation wirken sich in den Preisen aus. Wer unsere Auswahl besichtigt und die Qualitäten vergleicht, sieht an jedem Stück, daß es nicht billiger sein kann!

Brautleuten, Hausfrauen, Pensionen, Hotels und Anstalten ist hier die Gelegenheit zu guten Anschaffungen geboten!

Kaufhaus Knopf
Pforzheim.

Hotel „Schwarzwaldrand", Birkenfeld.

Heute Samstag den 11. Februar
findet in meinen festlich geschmückten Räumen ein
großer öffentlicher

Masken=Ball

statt.

Prämierung der 5 schönsten Masken.

Jazz-Kapelle. Reichhaltige Wein- und Speise-Karte. Kaffee und Kuchen.

Anfang 18.59 Uhr. Demaskierung 24.28 Uhr.

Eintritt 1 Mk.

Hiezu ladet höflichst ein **Karl Kunzmann.**

Oberhausen und Gräfenhausen.

Geschäftseröffnung u. -Empfehlung.

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Oberhausen, Gräfenhausen und Umgebung zur Kenntnisnahme, daß ich in dem Hause der Frau Rapp in **Oberhausen** ein

Maler=Geschäft

eröffnet habe. Sämtliche ins Fach einschlagende Arbeiten werden pünktlich und sauber ausgeführt.
Spezialität: Weißlackierungen.

Hochachtungsvoll
Robert Fix, Malergeschäft.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

Trefzger MÖBEL

sind Erzeugnisse von hochwertiger Qualität, erlesenem Geschmack und dennoch außerordentlich
billig
Lieferung direkt an Private

AUSSTELLUNGEN:
Pforzheim, Schloßberg 19

Karlsruhe Mannheim Pforzheim
Freiburg Konstanz Rastatt
Frankfurt a. M. Stuttgart

Süddeutsche Möbel-Industrie
GEBR. TREFZGER, G.M.B.H., RASTATT

Mittwoch, 15. Februar,

Vieh- und Schweinemarkt in Neuenbürg.

Krankheitshalber verkaufe ich mein

Motorrad,
DKW. 26,

Dasselbe ist ein prima Läufer und ist Probefahrt gestattet.
Näheres bei
K. Gugenhan, Wildbad.

Tüchtiges, braves

Mädchen,

das schon gedient hat, nicht unter 18 Jahren, für bess. Haushalt, 2 Erw., 2 Kinder, auf 15. Februar gesucht. Zeugnisse erwünscht.

Angebote oder Vorstellung (vorm.) Frau **O. Etzrodt,** Pflügerstraße 26, 3 Treppen, **Pforzheim.**

Wer will aufs **Schiff?**
Schreiben Sie um Auskunft u. Rat unt. A.B. 67 an „Ala" **Haasenstein & Vogler, Hamburg.** (Rückporto beifüg.)

Birkenfeld.
Empfehle mich in
Auto- und Motorrad-Reparaturen,
jeden Fabrikats, sowie in **Lieferung von neuen Auto und Motorräder,** beste Marken. **Mustermaschinen eingetroffen!**
E. Müller.

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag den 12. Februar
(S. Sexagesimä)
10 Uhr Predigt (2. Kor. 12, 1—10; Lied Nr. 356):
Dekan Dr. Megerlin.
2 Uhr Kirchliche Feier anläßlich des Bezirksmädchentags.
1/4 4 Uhr Aufführung des Mädchenbundes in der Festhalle: „Was Liebe vermag".
Mittwoch, abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.
In Waldrennach ist am Sonntag um 1/2 10 Uhr Gottesdienst und am Donnerstag, abends 8 Uhr Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 12. Februar.
(Sexagesimä).
9 Uhr Predigt u. Hochamt.
1/2 2 Uhr Christenlehre und Andacht.